

Der braunen Propaganda entgetreten

*Argumente gegen die
soziale Demagogie
von Rechtsextremen*

Dumpfe Parolen vom »nationalen Sozialismus«

Neonazis besetzen im »Kampf um die Straße« zunehmend sozialpolitische Themen und drängen sich immer häufiger in Demonstrationen von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Einige ihrer Parolen sind leicht zu erkennen, zum Beispiel: »Nationaler Sozialismus schafft Arbeitsplätze«.

Was aber, wenn NPD-Aktivisten mit Forderungen wie »Gleiche Löhne für gleiche Arbeit!« oder »Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre« auftreten?

Damit greifen extreme Rechte soziale Forderungen auf und nutzen sie für ihre alte, braune Ideologie: Schuldzuweisungen an Ausländer, Parolen vom »nationalen Sozialismus« und der

NS-Volksgemeinschaft – mehr haben sie nicht zu bieten.

Die NPD will »Antikapitalismus mit nationalen Inhalten aufladen«.

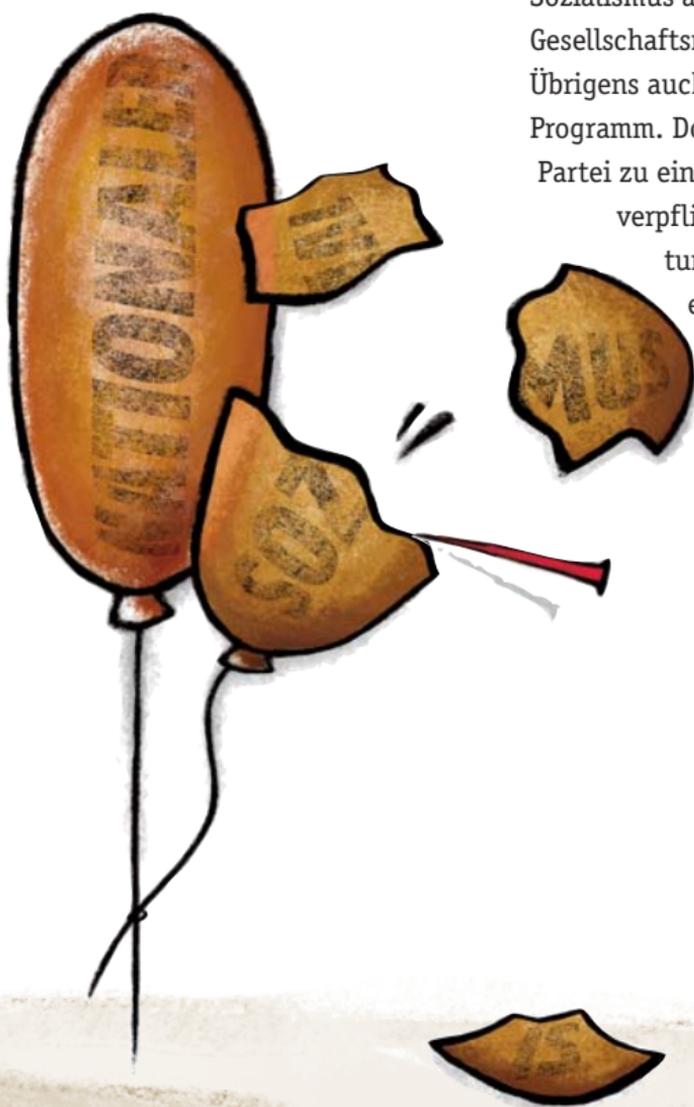
Durch scharfe Kritik wird der Eindruck erzeugt, hier sei eine besonders radikale Opposition am Werk.



Tatsächlich bieten sie nichts weiter als dumpfe, braune Demagogie.

Freies »deutsches Unternehmertum« statt gerechtere Wirtschaftsordnung

Wenn die NPD und andere extrem Rechte mehr soziale Gerechtigkeit fordern oder gar vom »Sozialismus« schwadronieren, hat das mit sozialer Gerechtigkeit und mit der Vorstellung vom Sozialismus als einem gerechteren Gesellschaftsmodell nichts zu tun. Übrigens auch nicht mit dem eigenen Programm. Dort bekennt sich die Partei zu einem »freien und sozial verpflichteten Unternehmertum«. Neonazis vertreten einen deutschen, mittelständischen Kapitalismus. Kritik am Kapitalismus





zielt bei ihnen nicht auf eine andere, gerechtere Wirtschaftsordnung, sondern wendet sich ausschließlich gegen ausländische und internationale Konzerne.

Nur scheinbar sozial

Auch die vordergründig sozialen Parolen der extremen Rechten sind nichts weiter als Etikettenschwindel.

Wenn Neonazis einen Mindestlohn von 8,80 Euro fordern, verbirgt sich dahinter nicht die Absicht zur Abschaffung von Armutslöhnen. Der Slogan soll lediglich eine Verbindung zum Nationalsozialismus

signalisieren. Denn hinter der »88« verbirgt sich ein Zahlencode, der im Sprachgebrauch der Neonazis »Heil Hitler« bedeutet.

Mit der Parole »Gleiche Löhne für gleiche Arbeit« tritt die NPD nur scheinbar als soziale Kraft auf. Gemeint ist einzig eine Angleichung von Ost- und Westlöhnen, deren Auseinanderklaffen die Partei als »nationale« Ungerechtigkeit versteht. Die Forderung wendet sich aber nicht gegen Niedriglöhne von prekär beschäftigten Frauen und Männern, Einheimischen und MigrantInnen. ||

Wir fordern: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

 *In den Gewerkschaften organisieren sich ArbeiterInnen, Angestellte, Erwerbslose, Studierende und RentnerInnen, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion oder parteipolitischen Zugehörigkeit. Sie streiten gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen und für mehr Verteilungsgerechtigkeit.*

Die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit hat eine lange Tradition in der Gewerkschaftsbewegung. In Tarifverhandlungen setzen wir uns dafür ein, dass Männer und Frauen, Einheimische und MigrantInnen, Stammebelegschaften und LeiharbeiterInnen gleich behandelt werden. Denn mit einer Aufspaltung der Beschäftigten sind Sozialdumping und Lohn-drückerei Tür und Tor geöffnet.

»Gleiche Arbeit – gleiches Geld« heißt es darum bei der IG Metall und den anderen DGB-Gewerkschaften.



NPD und Neonazis: keine Rechte für Beschäftigte

Zwar fordert die NPD nicht ausdrücklich ein Verbot der Gewerkschaften; über die Rechte der Beschäftigten, über Koalitionsfreiheit, Arbeitsschutz und Tarifverträge findet sich in ihrem Programm jedoch kein Wort. Das ist kein Zufall. Eine Selbstvertretung der Arbeitnehmer lehnt die Partei als »Gruppenegoismus« ab. Wenn es konkret wird, wenden sich extreme Rechte gegen die Interessen und Aktionen der Beschäftigten. Als Kolleginnen und Kollegen im Frühjahr 2006

gegen eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit streikten, diffamierte die NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« dies als »sinnlose Streikaktion«. Am 1. Mai 2006 warf der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt in Rostock mitten in der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie den Gewerkschaften »überzogene Lohnforderungen« vor, und NPD-Bundestagskandidat Heiko Gerold Ebbenga erklärte, Vollbeschäftigung sei nur »durch die Zerschlagung der Tarifdiktatur der Gewerkschaften« zu erreichen. ||

Wir sagen: Demokratie darf nicht am Werkstor enden!



Unternehmer geben freiwillig nichts her. Für verlässliche Arbeitsbedingungen und angemessene Einkommen sorgen Gewerkschaften.

Nur sie können und dürfen Tarifverträge abschließen.

Einzelne Beschäftigte können nur als Bittsteller vor ihre Arbeitgeber treten. Wer seine Interessen vertreten und durchsetzen will, erreicht das nur gemeinsam. Je mehr Beschäftigte im Betrieb Mitglied sind, desto stärker ist ihre Position.

Heutige Neonazis dagegen orientieren sich an ihrem Vorbild, der NSDAP, die nach ihrem Machtantritt im Jahr 1933 als Erstes die Gewerkschaftshäuser besetzte und aktive Gewerkschafter mit Terror verfolgte: Damals wie heute sind sie gnadenlose Gegner der Gewerkschaften.

Sozialstaat für die »Volksgemeinschaft« heißt Gewalt gegen Schwächere

Ginge es nach den extremen Rechten, gäbe es Sozialleistungen nur noch für einen eingeschränkten Personenkreis. Auch wer ein Leben lang in Kranken- und Rentenversicherung eingezahlt hat, wird ausgegrenzt. Zuerst sind »Ausländer ... aus dem deutschen Sozialversicherungssystem auszugliedern«, heißt es drohend im NPD-Programm. Der Sozialstaat soll nur noch für die »Volksgemeinschaft« da sein. Nach diesem Prinzip gingen schon die Nationalsozialisten vor. Deutsche Staatsbürger, die zu Juden erklärt wurden, Gegnerinnen und Gegner der Nazis oder Schriftsteller,

deren Bücher 1933 verbrannt wurden, galten als »Volksfremde«. Nicht zur »Volksgemeinschaft« gehörten auch viele, die besonders auf den Sozialstaat angewiesen waren, wie etwa Behinderte. Euthanasie und KZ-Massenmorde waren die Fortsetzung dessen, was mit Ausgrenzung begann.

Wie wenig den Neonazis das Wohl von Menschen am Herzen liegt, die am unteren Ende der Gesellschaft leben müssen, zeigt ein Blick auf rechte Gewalttaten. Zu den Opfern zählen häufig MigrantInnen und Flüchtlinge sowie Obdachlose und Behinderte. ||

Unser Standpunkt: Wir lassen niemanden allein – soziale Schieflage geraderücken



Vor Schwierigkeiten im Leben ist niemand geschützt. Eine solidarische Gesellschaft muss auch für Schwächere und weniger Leistungsstarke da sein. Arbeitslosigkeit und Armut werden nicht dadurch geringer, dass Teile der Gesellschaft ausgegrenzt werden, sondern nur dann, wenn Arbeit und gesellschaftlicher Reichtum gerechter verteilt werden.

Steuersenkungen für Wohlhabende und zusätzliche Belastungen für Beschäftigte und Erwerbslose lassen die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklaffen. Wir – Frauen und Männer, Einheimische und MigrantInnen, Jung und Alt – setzen uns gemeinsam dafür ein, diese Schieflage wieder geradezurücken.

Deshalb kämpft die IG Metall zum Beispiel für ein gerechteres Gesundheitssystem und für einen flexiblen Ausstieg aus dem Arbeitsleben bis 65.

Wirtschaftliche Abschottung als Globalisierungskritik

Extrem rechte Globalisierungskritiker treten nicht für einen fairen Welthandel ein, gegen Kinderarbeit oder für menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Sie benutzen die Ängste vieler vor den Folgen der Globalisierung. Schuld an der wirtschaftlichen und sozialen Schiefelage sollen – wie im Nationalsozialismus – wieder Juden und das »internationale Kapital« sein.

Dabei wird geflissentlich unterschlagen, dass deutsche Unternehmen und Konzerne als »Global Player« in aller Welt mitspielen.

Nach ihrer Ideologie der »raumorientierten Volkswirtschaft« will die NPD die stark vom Export abhängige deutsche Wirtschaft durch »Schutzzölle« abschotten. ||



Unsere Kraft: Internationale Gewerkschaftsbewegung



*Wenn internationale Konzerne die Belegschaften von Standorten gegeneinander ausspielen, hilft keine nationale Abschottung, sondern nur die **Solidarität der Beschäftigten** – Beispiele dafür gibt es viele: etwa der von den Metallgewerkschaften organisierte europaweite Aktionstag von Airbus-Beschäftigten im März 2007. Die europäischen Flugzeugbauer engagieren sich gemeinsam für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und Standorte.*

Auch Werft- und Hafendarbeiter kämpfen bereits seit vielen Jahren europaweit für die Zukunft ihrer Jobs: gegen Betriebsschließungen, Lohn- und Sozialdumping sowie für internationale Tarifverträge.

Bei General Motors, zu dem auch die deutsche Marke Opel gehört, organisierten die Beschäftigten im Juni 2006 an allen Standorten in Europa Protestaktionen und Streiks und zwangen die Konzernleitung damit zu Verhandlungen. Auch zu den Protesten gegen die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie haben die Gewerkschaften Europas Anfang 2006 länderübergreifend Zehntausende für ein soziales Europa mobilisiert.

NPD – rassistisch und nah am Nationalsozialismus

Die NPD ist keine demokratische Partei. Eine »Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus« stellte schon der Verbotsantrag der Bundesregierung im Jahr 2000 fest. Nur wegen des Einsatzes von V-Leuten des Verfassungsschutzes lehnten die Richter eine Verhandlung über das NPD-Verbot ab.

NPD und andere Neonazis orientieren sich seitdem immer offener am historischen Nationalsozialismus und verwenden Kampfparolen der SA. In Parteipamphleten wird die »Wie-

derherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches« angestrebt und eine »Massenausweisung von Ausländern« gefordert. In Deutschland bleiben soll nach ihrer Vorstellung nur, wer in ihren Augen deutsch ist.

Während sich die Kandidaten in Wahlkämpfen oft bürgernah geben, gehen neonazistische Fußtruppen rabiat gegen Initiativen, Gewerkschaften und VertreterInnen anderer Parteien vor. Veranstaltungen und Informationsstände werden angegriffen, BesucherInnen fotografiert, verfolgt und bedroht.



»Arbeitsplätze nur für Deutsche«?

Wir lassen dumme Parolen platzen

Arbeitslosigkeit lässt sich nicht dadurch bekämpfen, dass Gruppen vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden. Sie ist eine Frage der **wirtschaftlichen Entwicklung und Verteilungsgerechtigkeit**. Ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tragen seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland zur ökonomischen Entwicklung bei.

Die einfache Rechnung »Ausländer raus – Arbeitsplätze für Deutsche« ist nicht nur rassistisch, sondern auch dumm und falsch. Das zeigt das Beispiel der ostdeutschen Länder. Dort ist der Anteil der MigrantInnen mit ein bis zwei Prozent am geringsten, die Arbeitslosigkeit mit über 20 Prozent aber am höchsten.

Wir haben m

Gew



Rechten Demagogen kein Forum bieten

Mit ihrer »Wortergreifungsstrategie« spielen Neonazis nicht nur auf die »Machtergreifung« an. Zur Strategie gehört auch ihr Auftreten in Veranstaltungen von Gewerkschaften und Parteien, um dort ihre Ideologie – vermeintlich seriös – zu verbreiten.

Es steht außer Frage: Zwischen Gewerkschaften und Neonazis gibt es keine Gemeinsamkeiten. Rassismus und Nationalismus führen zu Ausgrenzung und menschenverachtender Politik.

Rassismus und Nationalismus widersprechen den gewerkschaftlichen Zielen von sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und Völkerverständigung.

Gezielt mischen sich Neonazis ein, um zu skandalisieren und zu sprengen.

Daher ist in gewerkschaftlichen Veranstaltungen und Demonstrationen kein Platz für sie und ihre Ideologie. ||



Mehr als Argumente

Gewerkschaften gegen Rechts

Am 2. Mai 1933 stürmten Nazihorden die Gewerkschaftshäuser und verschleppten viele Gewerkschafter in die Gefängnisse der Nationalsozialisten. Die Beschäftigten gerieten in völlige Abhängigkeit von den neuen »Betriebsführern« der Nazis.

Null Toleranz für Nazis: im Betrieb handeln

Um gegen Diskriminierung und extreme Rechte vorzugehen, kommt es auf jede und jeden Einzelnen an. Im täglichen Gespräch heißt es, Kontra zu geben, wenn rassistische oder diskriminierende Bemerkungen fallen, denn extreme Rechte haben nur so viel Spielraum, wie wir ihnen lassen.

Die Themen Rassismus und Neonazismus gehören auf Betriebsversammlungen – erst recht, wenn es entsprechende Äußerungen oder Schmierereien im Betrieb gibt.

Das Betriebsverfassungsgesetz und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geben Betriebsräten nicht nur die rechtlichen Grundlagen, sondern verpflichten sie sogar zum aktiven Vorgehen gegen Rechtsextremisten im Betrieb. ||

Betriebsvereinbarungen für Respekt im Job

Mobbing, sexuelle Belästigung und Rassismus vergiften das Betriebsklima und machen krank. Deshalb schließen Betriebsräte und Unternehmensleitungen Vereinbarungen zu Gleichbehandlung und respektvoller Zusammenarbeit ab: zum Beispiel bei der Thyssen Stahl AG, bei VW, Opel und in vielen anderen Betrieben.

Gleichbehandlung bei Vergabe der Ausbildungsplätze, Entlohnung und Karriere gehören dort ebenso zum Betriebsalltag wie der respektvolle und tolerante Umgang im Job. Eigens ausgebildete Kulturmittler schlichten in interkulturellen Konflikten.

Den Betroffenen steht ein Beschwerdeverfahren offen, das für die Täter mit arbeitsrechtlichen Folgen enden kann. ||

Auch aus Verantwortung gegenüber der Geschichte setzen sich die Gewerkschaften deshalb auf allen Ebenen mit Rechtsextremen auseinander: in Betrieb und Gesellschaft, bei der Bildungsarbeit und wenn es darum geht, sich Neonazis in den Weg zu stellen.

Gemeinsam sind wir stärker: im Bündnis gegen Neonazis und rechte Gewalt

Je mehr Menschen rassistischen Äußerungen Paroli bieten und sich neonazistischen Aufmärschen in den Weg stellen, umso weniger Platz bleibt für extrem rechte Tendenzen in der Gesellschaft. Gerade wenn Neonazis versuchen, öffentliche Räume zu besetzen, sind Zivilcourage und demokratische Gegenwehr notwendig.

Der DGB und seine Gewerkschaften engagieren sich zusammen mit anderen Organisationen in Bündnissen, oft sind sie die Initiatoren. An vielen Orten führen solche Bündnisse zu einer zivilgesellschaftlichen Arbeit, die Rechtsextremen den Boden entzieht. ||

Demokratie lebt nicht von der schweigenden Mehrheit, sondern von aktiven Menschen, die den Mund aufmachen.

Beispiel: Die Gelbe Hand

Mach meinen Kumpel nicht an!

Ein Zeichen gegen den Rassismus

Die gelbe Hand mit der Aufschrift »Mach meinen Kumpel nicht an« ist zu einem europäischen Symbol gegen Rassismus geworden. Aufkleber und Anstecker werden von dem gleichnamigen Verein vertrieben, der sich auch in der Bildungsarbeit engagiert.

Mit der Gelben Hand machen Kolleginnen und Kollegen deutlich: Wir sind gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

www.gelbehand.de



Links gegen Rechts

Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.

▶ www.netzwerk-courage.de

*Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum in Berlin e.V.*

▶ www.apabiz.de

*Bausteine zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit
DBG Bildungswerk Thüringen e.V.*

▶ www.baustein.dgb-bwt.de

Forum für Musik und Kultur – gegen Rechtsrock

▶ www.turnitdown.de

Blick nach Rechts (Netzzeitung)

▶ www.bnr.de

▶ www.igmetall.de

Herausgeber

IG Metall-Vorstand

FB Gesellschaftspolitik

Dr. Hans-Jürgen Urban (V.i.S.d.P.)

und Ressort Jugendarbeit und -politik

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

60329 Frankfurt am Main

*Redaktion: Argumente und Kultur
gegen rechts e.V.*

Grafik: pbd, Hamburg

Illustrationen: exmono.de

September 2007

PNR 11128-17651